

**VERMERK**

---

**Betr.:**                **Synthesebericht über die Plenartagung**<sup>1</sup>  
                              **–        6./7. Februar 2003 in Brüssel**

---

**I.    ERÖFFNUNG DER TAGUNG**

**1.    Vorlage des Entwurfs der Titel I, II und III (Artikel 1 bis 16) der Verfassung**

Im Namen des Präsidiums hat der Vorsitzende den Textentwurf für die ersten 16 Artikel der Verfassung vorgelegt, wobei er präzisierte, dass es sich um einen Vorschlag handele, zu dem die Konventsmitglieder Bemerkungen und Änderungsvorschläge einreichen können. Es werde Sache des Konvents sein, über den Wortlaut der künftigen Verfassung zu befinden.

Die Plenartagung am 27./28. Februar wird der Aussprache über diesen Artikelentwurf gewidmet sein. Zur Strukturierung der Aussprache werden die Konventsmitglieder gebeten, dem Sekretariat bis Montag, 17. Februar erste Änderungsvorschläge zukommen zu lassen, damit das Präsidium sie zur Kenntnis nehmen, zusammenfassen und systematisch ordnen kann.

Es wurde darauf hingewiesen, dass alle Änderungsvorschläge in einer Form in die Website des Konvents eingestellt würden, die ihre vergleichende Prüfung erleichtert.

---

<sup>1</sup>    Das wörtliche Protokoll der Plenartagung kann auf der Website <http://european-convention.eu.int> eingesehen werden.

## 2. Das soziale Europa

- **Aussprache über den Bericht der Gruppe XI (Vorsitz: Herr Katiforis)**  
**(Dok. CONV 459/02)**

### i) *Vorstellung des Berichts durch Herrn Katiforis*

Herr Katiforis wies auf die Bedeutung des zur Debatte stehenden Themas hin. Für Europa sei diese Frage von besonderem Belang und es könne stolz auf seine Errungenschaften in diesem Bereich sein. Die im Mandat der Gruppe erfassten Aspekte ließen sich grob in drei Kategorien untergliedern: Werte und Ziele, Verteilung der Zuständigkeiten sowie Instrumente und Verfahren.

Was die Werte betreffe, so habe die Gruppe akzeptiert, dass der Verfassungsvertrag kurze und präzise Artikel enthalten müsse. Es sei der Gruppe mitunter schwer gefallen zu entscheiden, ob bestimmte Ideen als Wert oder Ziel einzustufen sind. Es seien zahlreiche Vorschläge unterbreitet worden, die Gruppe sei jedoch zu dem Ergebnis gelangt, dass in den die Werte betreffenden Text soziale Gerechtigkeit, Solidarität und Gleichheit, insbesondere die Gleichstellung von Männern und Frauen aufgenommen werden sollten. Hinsichtlich der Ziele einigte sich die Gruppe nach einer ausgiebigen Diskussion darauf, die Aufnahme eines Verweises auf "Vollbeschäftigung" zu empfehlen. Es wurde auch Konsens darüber erzielt, dass auf die Förderung eines hohen Maßes an sozialem Schutz Bezug genommen wird. Es seien eine Vielzahl weiterer möglicher Ziele vorgeschlagen worden. Die Frage, ob die Idee eines sozialen Europas sich besser zusammenfassen ließe durch die Definition des Gesamtkonzepts eines "europäischen Sozialmodells" sei zwar angeschnitten, von der Gruppe jedoch nicht aufgegriffen worden.

In Bezug auf die Frage der Zuständigkeiten zog die Gruppe den Schluss, dass die bestehenden Zuständigkeiten im Wesentlichen angemessen seien, dass bei einigen von ihnen jedoch eine Präzisierung nützlich wäre, so dass sie in vollere Umfang ausgeübt werden könnten. Dies sei insbesondere im Bereich des Gesundheitsschutzes der Fall. Darüber hinaus habe die Gruppe auch das Argument zugunsten einer gewissen Verstärkung der Rechtsgrundlage akzeptiert, die es ermöglichen würde, im Bereich der Leistungen der Daseinsvorsorge gesetzgeberisch tätig zu werden.

In der Verfahrensfrage unterstützte die Gruppe – trotz entschiedener Einwände seitens einiger Mitglieder – im Großen und Ganzen die Aufnahme der offenen Koordinierungsmethode in den Vertrag. Es sei jedoch Nachdruck darauf gelegt worden, dass die Flexibilität der Methode gewahrt bleiben müsse und dass die Methode nicht die bestehenden Zuständigkeiten der Union untergraben dürfe. Die Beschlussfassung mit qualifizierter Mehrheit sei ein heikles Thema gewesen. Während alle einverstanden gewesen seien, den in Nizza erzielten Kompromiss in Bezug auf Artikel 137 zu bestätigen, vertraten zahlreiche Mitglieder der Gruppe die Ansicht, dass eine weitere Ausdehnung der BQM im sozialen Bereich wünschenswert sei. Die Gruppe sei entschieden dafür eingetreten, dass die Rolle der Sozialpartner im Rahmen der Tarifverhandlungen gewahrt und gestärkt wird und dass der Beitrag der Bürgergesellschaft im Bereich der Sozialpolitik gebührend Anerkennung findet.

Herr Katiforis begrüßte die Tatsache, dass es der Gruppe gelungen ist, in vielen Fragen trotz der unterschiedlichen Backgrounds und Ansichten der Mitglieder zu einem Konsens zu gelangen. Die Auffassung, dass die Europäische Union eine wichtige Rolle auf dem Gebiet der Sozialpolitik zu spielen habe, werde von allen geteilt.

## *ii) Aussprache im Plenum*

Der allgemeine Ansatz des Berichts fand im Konvent positive Aufnahme; gehört wurden unter anderem Wortbeiträge der Vertreter der Sozialpartner, des Wirtschafts- und Sozialausschusses sowie des Jugendkonvents.

Eine große Anzahl von Rednern begrüßte den Vorschlag der Gruppe, dass in den ersten Artikeln des künftigen Verfassungsvertrags auf Menschenwürde, soziale Gerechtigkeit, Solidarität und Gleichheit, insbesondere die Gleichstellung von Männern und Frauen Bezug genommen werden sollte.

Bei der Aussprache kristallisierte sich weit gehende Unterstützung für die von der Arbeitsgruppe empfohlenen Ziele heraus: Erwähnung fanden Vollbeschäftigung, soziale Gerechtigkeit, sozialer Frieden, nachhaltige Entwicklung, wirtschaftlicher, sozialer und territorialer Zusammenhalt, soziale Marktwirtschaft, Qualität der Beschäftigung, lebensbegleitendes Lernen, soziale Eingliederung, ein hohes Maß an sozialem Schutz, Gleichstellung von Männern und Frauen, Verbot von Diskriminierungen aufgrund der Rasse oder ethnischen Herkunft, der religiösen oder sexuellen Ausrichtung, einer Behinderung oder des Alters, Rechte des Kindes, ein hohes Maß an Gesundheitsschutz sowie effiziente und hochwertige Sozialdienste und Leistungen der Daseinsvorsorge.

Bei der im Plenum geführten Aussprache über die Zuständigkeiten wurden die Schlussfolgerungen der Arbeitsgruppe, nämlich dass im Sozialbereich weiterhin konkurrierende Zuständigkeit zwischen der Union und den Mitgliedstaaten gegeben sein sollte, nicht in Frage gestellt. Nur wenige Mitglieder wollten die Bestimmungen des derzeitigen Artikels 137, wonach das Arbeitsentgelt, das Koalitionsrecht, das Streikrecht sowie das Aussperrungsrecht aus dem Zuständigkeitsbereich der Union ausgeklammert ist, in Frage stellen.

Zahlreiche Mitglieder traten für eine Ausweitung der gegenwärtigen Zuständigkeiten der Union im Bereich des Gesundheitsschutzes (Artikel 152) ein, damit auf europäischer Ebene gegen grenzüberschreitende epidemiologische und bioterroristische Risiken vorgegangen werden kann.

Im Mittelpunkt der Wortmeldungen standen häufig die Leistungen der Daseinsvorsorge, wobei es in erster Linie um die Frage ging, ob der derzeitige Artikel 16 des Vertrags dahingehend geändert werden sollte, dass daraus eine echte Rechtsgrundlage gemacht wird, die die Verabschiedung echter europäischer Rechtsvorschriften über Leistungen der Daseinsvorsorge zulässt. Die Ansichten der Konventsmitglieder in dieser Frage gehen nach wie vor weit auseinander, auch wenn sich sehr viele von ihnen für eine solche Lösung ausgesprochen haben.

Was die offene Koordinierungsmethode anbelangt, so sprachen sich die meisten der Mitglieder, die das Wort ergriffen haben, für die Verankerung dieser Methode im Vertrag aus, um einen Rahmen für sie zu schaffen und sie transparenter und demokratischer zu gestalten, ohne dass sie ihre in erster Linie der Flexibilität zuzuschreibenden Vorzüge einbüßt. Mehrere Redner brachten indes Einwände dagegen vor.

Die von der Arbeitsgruppe vorgeschlagene vertragliche Verankerung der Verfahren, mit denen auf der Frühjahrstagung des Europäischen Rates die Kohärenz zwischen Wirtschafts- und Sozialpolitik sichergestellt werden kann, fand breiten Zuspruch. Im Laufe der Aussprache konnte jedoch kein Konsens darüber erzielt werden, den gegenwärtigen Artikel 128 EGV dahin gehend zu ändern, dass die Forderung, wonach die beschäftigungspolitischen Leitlinien mit den Grundzügen der Wirtschaftspolitik in Einklang stehen müssen, gestrichen wird.

Am schwierigsten gestaltete sich die Debatte über die Frage der Ausdehnung der Beschlussfassung mit qualifizierter Mehrheit auf die Bereiche, für die derzeit Einstimmigkeit vorgeschrieben ist. Mehrere Mitglieder wiesen im Übrigen darauf hin, dass die Definition der qualifizierten Mehrheit an sich ein eigener Erörterungsgegenstand sein sollte.

Sehr zahlreiche Konventsmitglieder wünschten den Übergang zur qualifizierten Mehrheit und zur Mitentscheidung zumindest in der in Nizza niedergelegten Form, womit lediglich im Bereich der sozialen Sicherheit und des sozialen Schutzes der Arbeitnehmer weiterhin Einstimmigkeit gelten würde. Viele Konventsmitglieder äußerten zudem den Wunsch, dass alle unter die derzeitigen Artikel 13, 42 und 137 EGV fallenden Bereiche der Mitentscheidung und der qualifizierten Mehrheit unterworfen werden.

Einige Konventsmitglieder betonten aber, dass der Vertrag von Nizza gerade erst in Kraft getreten sei und dass ein solcher Übergang also möglich wäre, wenn dies in der Absicht der Mitgliedstaaten läge. Eben diese Mitglieder bestätigten, dass sie nicht beabsichtigten, die in Nizza vereinbarten einschlägigen Bestimmungen in Frage zu stellen.

Schließlich bestätigte die Aussprache, dass den Sozialpartnern und der Bürgergesellschaft im künftigen Verfassungsvertrag eine Rolle zuerkannt werden sollte.

### *iii) Schlussfolgerungen*

Zu Abschluss der Aussprache verzeichnete der Vorsitzende einen Konsens dahingehend, dass in der Verfassung Grundsätze wie Menschenwürde, soziale Gerechtigkeit, Solidarität und Gleichheit, insbesondere die Gleichstellung von Männern und Frauen festgeschrieben werden sollen. Letztere, so der Vorsitzende, sei als eines der Ziele aufgegriffen worden, die in Artikel 3 des künftigen Verfassungsvertrags aufgeführt werden könnten.

Der Vorsitzende stellte ebenfalls fest, dass das Ziel der Vollbeschäftigung sehr weit gehende Unterstützung gefunden hat, wobei dies jedoch nur als ein anzustrebendes Ziel konzipiert werden könne in dem Bewusstsein, dass sich dies nicht gänzlich verwirklichen lasse.

Der Vorsitzende wies darauf hin, dass das Präsidium in dem Entwurf von Artikeln, der dem Konvent unterbreitet wurde, bereits alle Elemente auf die eine oder andere Weise berücksichtigt habe.

Hinsichtlich der Zuständigkeiten stellte der Vorsitzende fest, dass ein Konsens dahingehend besteht, dass im Sozialbereich weiterhin eine konkurrierende Zuständigkeit der Union und der Mitgliedstaaten gegeben sein sollte. In Bezug auf den derzeitigen Artikel 137, der Arbeitsentgelt, Koalitionsrecht, Streikrecht und Aussperrungsrecht aus dem Zuständigkeitsbereich der Union ausklammert, stellte der Vorsitzende fest, dass diese Frage nicht wirklich debattiert worden sei und dass es daher zum gegenwärtigen Zeitpunkt nicht möglich sei, den Ausschluss dieser Bereiche in Frage zu stellen.

Der Vorsitzende stellt fest, dass im Konvent viele Stimmen laut geworden seien, die eine geringfügige Umformulierung der derzeitigen Zuständigkeiten der Union im Bereich des Gesundheitsschutzes forderten (Artikel 152). Eine solche Änderung würde darauf abzielen, auf europäischer Ebene grenzüberschreitenden epidemiologischen und bioterroristischen Risiken zu begegnen. Er kündigte an, dass dieser Punkt folglich geprüft würde.

Was die Leistungen der Daseinsvorsorge und die Frage anbelangt, ob der derzeitige Artikel 16 des Vertrags dahingehend geändert werden sollte, dass er zu einer echten Rechtsgrundlage wird, die die Verabschiedung gemeinschaftlicher Rechtsvorschriften über Leistungen der Daseinsvorsorge ermöglicht, so stellte der Vorsitzende fest, dass viele Forderungen in diese Richtung gingen. Er fragte sich allerdings, wie sich die Neufassung des Artikels 16 konkret auswirken würde und zur Annahme welcher Art von Rechtsvorschriften eine Rechtsgrundlage veranlassen könnte. Der Vorsitzende stellte fest, dass die Meinungen der Konventsmitglieder in dieser Frage nach wie vor sehr stark auseinander gehen, auch wenn viele unter ihnen sich für eine Änderung des Artikels 16 mit dem Ziel der Schaffung einer Rechtsgrundlage ausgesprochen haben. Er kündigte an, dass das Präsidium sich mit dieser Frage beschäftigen werde.

Der Vorsitzende stellte fest, dass die Debatte über die offene Koordinierungsmethode sehr angeregt war, dass jedoch die meisten Konventsmitglieder die Verankerung dieser Methode im Vertrag gefordert haben, um einen Rahmen für diese Methode zu schaffen und sie transparenter und demokratischer zu gestalten, ohne dass sie ihre in erster Linie der Flexibilität zuzuschreibenden Vorzüge einzubüßt. Da sich die Methode jedoch vor allem durch Flexibilität auszeichnet, fragte sich der Vorsitzende, ob noch mehr Rahmenvorgaben vorgesehen werden sollten auf die Gefahr hin, dass gerade diese Flexibilität dabei verloren geht.

Der Vorsitzende hielt fest, dass die von der Arbeitsgruppe vorgeschlagene vertragliche Verankerung der Verfahren, mit denen auf der Frühjahrstagung des Europäischen Rates die Kohärenz zwischen Wirtschafts- und Sozialpolitik sichergestellt werden kann, positiv aufgenommen wurde. Er erklärte, dass dieser Aspekt unter den zweiten Teil des künftigen Verfassungsvertrags fällt.

Im Zusammenhang mit der Frage der Ausdehnung der Beschlussfassung mit qualifizierter Mehrheit (BQM) auf Bereiche, für die derzeit Einstimmigkeit erforderlich ist, erklärte der Vorsitzende, dass es sich um eine schwierige Debatte handele, und wies darauf hin, dass sich die einschlägigen Verhandlungen während der Regierungskonferenz in Nizza bereits schwierig gestaltet hätten. Er erinnerte daran, dass der Vertrag von Nizza einen solchen Übergang zur Mehrheitsabstimmung auf einstimmigen Beschluss des Rates hin gestattet. Viele Konventsmitglieder wünschten jedoch den sofortigen Übergang zur qualifizierten Mehrheit und zur Mitentscheidung zumindest in der in Nizza niedergelegten Form, wodurch also lediglich im Bereich der sozialen Sicherheit und des sozialen Schutzes der Arbeitnehmer weiterhin Einstimmigkeit gelten würde; andere Konventsmitglieder, darunter einige Regierungsvertreter, hätten sich gegen jegliche Änderung gegenüber dem im Vertrag von Nizza festgehaltenen Kompromiss ausgesprochen. Er zog daraus den Schluss, dass eingehendere Überlegungen darüber angestellt werden müssten.

Schließlich stellte der Vorsitzende fest, dass den Sozialpartnern und der Bürgergesellschaft im künftigen Verfassungsvertrag unter dem Titel "Das demokratische Leben" eine Rolle zuerkannt werden sollte.

Der Vorsitzende schloss mit der Feststellung, dass bei der Aussprache Fortschritte erzielt werden konnten, sich jedoch nicht zwangsläufig Lösungen für alle Aspekte ergeben haben. Da mehrere Fragen den zweiten Teil des künftigen Vertrag betreffen, wird der Konvent diese zu einem späteren Zeitpunkt wiederaufgreifen.

### **3. Aussprache über die regionale und lokale Dimension (Dok. CONV 518/03)**

#### ***i) Einleitung der Aussprache***

Der Vorsitzende unterstrich, wie wichtig die Debatte über die "regionale und lokale Dimension in Europa" ist, wenn man berücksichtigt, dass das politische Handeln in einem 25 Mitgliedstaaten umfassenden Gefüge mit annähernd 450 Millionen Einwohnern nicht zentralisiert sein kann und eines Bindegliedes bedarf. Er wies auf die zentrale Rolle hin, die regionale und lokale Gebietskörperschaften bereits jetzt spielen und in Zukunft noch mehr spielen werden, insbesondere bei der Durchführung sehr zahlreicher politischer Maßnahmen der Union und ganz besonders jener, die das Leben und die alltäglichsten Anliegen der Europäer betreffen.

Die gewählten regionalen und lokalen Vertreter seien durch die Beobachter des Ausschusses der Regionen vertreten, die an den Beratungen des Konvents teilnehmen und anlässlich dieser Tagung von ihrem Präsidenten, Sir Albert Bore, begleitet seien. Sie hätten, sei es über den Ausschuss der Regionen oder über ihre maßgeblichen europäischen Organisationen, die Beratungen des Konvents von Anfang an aufmerksam verfolgt: Ein Beweis dafür seien die zahlreichen Beiträge zum Forum, die rege Teilnahme an den Sitzungen der Kontaktgruppe – zunächst unter Leitung von Frau de Palacio, in der Folge unter der des stellvertretenden Vorsitzenden Jean-Luc Dehaene – sowie die von den Konventsmitgliedern selbst eingereichten Beiträge.

Der Vorsitzende wies auf das vom Ausschuss der Regionen angenommene Paket von Stellungnahmen, insbesondere jene von Lord Tope, sowie auf die im Anschluss an die Berichte der Herren Lamassoure und Napolitano verabschiedeten Entschlüsse des Europäischen Parlaments hin und erklärte, dass all diese Analysen und Vorschläge dem Präsidium zur Kenntnis gebracht worden sind; das Präsidium sei bestrebt gewesen, diejenigen zu berücksichtigen, die verfassungsrechtlichen Charakter haben, und habe eine Reihe von Denkanstößen geben wollen (siehe Dok. CONV 518/03). Das Dossier sei um ein Dokument (CONV 523/03) mit einer knappen Zusammenfassung der Beratungen der Kontaktgruppe ergänzt worden, die in der Woche zuvor vom stellvertretenden Vorsitzenden Dehaene zu einer Sitzung einberufen worden sei; die Anlage zu diesem Dokument enthalte eine zusammenfassende Aufstellung der aus den Kreisen der regionalen und lokalen Vertreter sowie den Institutionen hervorgegangenen Vorschläge.

Schließlich wollte das Präsidium selbst in den Vorschlägen für die Artikel 1 bis 16, die dem Konvent vorgelegt wurden, schon jetzt dieser Realität der regionalen und lokalen Dimension der Union Rechnung tragen.

## *ii) Aussprache im Plenum*

Zahlreiche Konventsmitglieder wiesen darauf hin, dass die Achtung des Rechts der Mitgliedstaaten, ihre internen Strukturen selbst zu organisieren, eine Grundregel darstelle. Ebenso zahlreich waren jene, die nachdrücklich betonten, dass es wichtig ist, die Unterschiede dieser internen Strukturen, die ja gerade den Reichtum Europas ausmachen, zu respektieren. Einige Mitglieder wiesen außerdem darauf hin, dass die Regionen nicht den Staaten gegenübergestellt werden dürften und sprachen sich gegen jeglichen Gedanken einer Vereinheitlichung auf dieser Ebene aus.



Die Konventsmitglieder erkannten – mit unterschiedlich starkem Nachdruck auf der regionalen bzw. der lokalen Ebene – einstimmig die Bedeutung der regionalen und lokalen Dimension in Europa an und es kristallisierte sich ein weit gehender Konsens heraus, dass diese Realität in den ersten Artikeln der Verfassung, wie insbesondere im Napolitano-Bericht des Europäischen Parlaments vorgeschlagen, verankert werden sollte. Der Vorschlag des Präsidiums, in Artikel 9 Absatz 6 einen Verweis auf die regionalen und lokalen Gebietskörperschaften vorzusehen, wurde wohlwollend aufgenommen, wobei einige Mitglieder es jedoch vorziehen würden, dass darauf bereits früher, d.h. in Artikel 1 der Verfassung Bezug genommen wird. Während mehrere Mitglieder betonten, dass die vom Präsidium vorgeschlagene Formulierung die richtige sei, schlugen andere vor, noch weiter zu gehen bei der Bestätigung der Achtung der kommunalen Selbstverwaltung (bzw. der freien Verwaltung auf lokaler Ebene); in diesem Zusammenhang wurde auch die Achtung der lokalen Demokratie erwähnt. Einige Redner schlugen überdies vor, dass in der Verfassung auf die Europäische Charta der kommunalen Selbstverwaltung des Europarates Bezug genommen werden könnte.

Einige Mitglieder ersuchten im Übrigen darum, dass in der Verfassung auch auf die regionale Identität und/oder die kulturelle und sprachliche Vielfalt oder sogar auf Minderheitenrechte Bezug genommen wird.

Eine beträchtliche Zahl von Mitgliedern hob die Rolle der regionalen und lokalen Gebietskörperschaften im Rahmen des Subsidiaritätskonzepts hervor. Einige Mitglieder unterstrichen, dass sich die Subsidiarität auch auf die lokalen und regionalen Ebenen beziehen sollte, und äußerten den Wunsch, dass dies bei der Abfassung des Protokolls über die Subsidiarität berücksichtigt wird.

Auch die Idee, dass diejenigen, die die Rechtsvorschriften oder Politiken der Union anzuwenden oder durchzusetzen haben, bei der Ausarbeitung ebendieser Rechtsvorschriften oder Politiken zu konsultieren sind, fand im Konvent ein breites Echo, was die diesbezüglichen Vorschläge der Arbeitsgruppen "Subsidiarität" und "Vereinfachung" bestätigte und ihnen noch größeres Gewicht verlieh, insbesondere was die "ex-ante"-Konsultation betrifft.

So zeichnete sich ein Konsens in Bezug auf den Wunsch ab, dass die Konsultation der Gebietskörperschaften der Union in den sie betreffenden Bereichen in einer geeigneten Form in Titel VI der Verfassung über "das demokratische Leben der Union" und in die Bestimmungen betreffend die Subsidiarität einfließen sollte. Die Mitglieder sprachen sich dafür aus, dass diese Konsultation in einer sehr frühen Phase der Ausarbeitung und Umsetzung der Rechtsvorschriften und Programme der Union erfolgen sollte, und einige Mitglieder spezifizierten, dass die Konsultation alle Gebietskörperschaftsebenen betreffen sollte, einschließlich der regionalen Parlamente, und zwar insbesondere über ihre maßgeblichen Organisationen. In diesem Zusammenhang wurde auch vorgeschlagen, dass in den Gesetzgebungsvorschlägen der Kommission die Belastungen (auch finanzieller Art) geschätzt werden, die den regionalen und lokalen Gebietskörperschaften durch die Umsetzung dieser Vorschläge entstehen.

Zahlreiche Konventsmitglieder unterstrichen, welche wichtige Rolle der Ausschuss der Regionen im Rahmen der Vertretung der regionalen und lokalen Gebietskörperschaften in der Union spielt. Einige fragten sich allerdings, ob er tatsächlich reibungslos funktioniert.

Der von der Arbeitsgruppe "Subsidiarität" unterbreitete Vorschlag, den Ausschuss der Regionen in das Frühwarnsystem einzubeziehen und ihm das Recht auf Erhebung einer Klage beim Gerichtshof wegen Missachtung des Subsidiaritätsprinzips zuzuerkennen, stieß bei den Konventsmitgliedern auf breite Unterstützung. Einige Redner plädierten zudem dafür, dass dem Ausschuss der Regionen ein Klagerecht zum Schutz seiner eigenen Rechte zugestanden wird; dieser Gedanke wurde allerdings nicht von allen Mitgliedern mitgetragen.

Die Frage der Zusammensetzung und der Repräsentativität des Ausschusses der Regionen wurde von vielen Mitgliedern angesprochen. Einige stellten fest, dass es ein erhebliches Missverhältnis bei der Sitzzuweisung gibt (einige Regionen sind beispielsweise bevölkerungsreicher oder flächenmäßig größer als bestimmte Mitgliedstaaten), und unterstrichen, dass die Mitgliedstaaten mit den geringsten Bevölkerungszahlen – im Gegensatz zu den Regionen, selbst wenn diese sehr groß sind – den Gerichtshof anrufen können. Andere wiesen darauf hin, dass die Vertretung der verschiedenen Gebietskörperschaftsebenen ein und desselben Staates innerhalb ein und derselben Delegation nicht immer angemessen sei, da einige von ihnen in viel geringerem Umfang vertreten seien. Andere Mitglieder forderten schließlich, dass die Mitglieder des Ausschusses der Regionen von nun an gewählt und nicht mehr von den nationalen Regierungen ernannt werden sollten. Andere Konventsmitglieder sprachen sich indes gegen jedwede Änderung der für die Zusammensetzung des Ausschusses derzeit geltenden Regeln aus.

Eine Reihe von Mitgliedern vertrat die Ansicht, dass die Organe, die von der Stellungnahme des Ausschusses der Regionen abwichen, ihre Entscheidung begründen müssten, während andere Mitglieder den Wunsch äußerten, dass der Ausschuss der Regionen umbenannt wird oder auch dass er in den Rang eines Organs erhoben wird. Vor allem der letztgenannte Vorschlag wurde von einer Reihe von Konventsmitgliedern, die eine gegenteilige Ansicht vertrat, abgelehnt.

Einigen Konventsmitgliedern lag die Frage der Regionen mit Gesetzgebungsbefugnissen am Herzen, während andere sich dagegen aussprachen, dass eine Unterscheidung zwischen den verschiedenen Arten von Gebietskörperschaften vorgenommen wird bzw. dass einige Regionen einen privilegierten Status erhalten. Es wurde die Frage der präziseren Formulierung des Artikels 203 hinsichtlich der Möglichkeit der Ernennung regionaler Minister als Vertreter im Rat, angesprochen. Andere Mitglieder sähen es gerne, dass die Stellung der Regionen, die bei den Wahlen zum Europäischen Parlament den grundlegenden Wahlbezirk in den Mitgliedstaaten darstellen sollten, gestärkt wird, und sie forderten die Schaffung eines Status "Partnerregion der Union", der von den Mitgliedstaaten gewährt würde.

Eine Reihe von Konventsmitgliedern plädierte dafür, dass den Regionen mit Gesetzgebungsbefugnissen das Recht auf Erhebung einer Klage beim Gerichtshof zuerkannt wird, und machte geltend, dass dieses Recht eine logische Folge der Zuständigkeiten sei, über die diese Regionen verfügen. Es wurde insbesondere darauf hingewiesen, dass zu diesem Recht als Gegenleistung eine Verpflichtung zu Loyalität gegenüber dem Mitgliedstaat und der Union vorgesehen werden könnte. Nach Meinung einiger Mitglieder dürfte diese Frage nicht der Entwicklung der Rechtsprechung überlassen werden; ihnen zufolge würde es ausreichen, Artikel 230 Absatz 4 geringfügig dahingehend zu ändern, dass das allgemeine Klagerecht natürlicher und juristischer Personen hinsichtlich sie unmittelbar betreffender Rechtsakte allgemeiner Geltung ein wenig ausgeweitet wird. Andere Mitglieder halten es für sinnvoller, dass die Regionen den Gerichtshof nur über eine vom Ausschuss der Regionen, dem betreffenden Mitgliedstaat oder aber (einigen zufolge) der zweiten Kammer eines einzelstaatlichen Parlaments eingereichte Klage anrufen können.

Mehrere Mitglieder schließlich äußerten den Wunsch, dass dem Ziel des wirtschaftlichen und sozialen Zusammenhalts jenes des territorialen Zusammenhalts hinzugefügt wird. Andere Mitglieder brachten ihre Besorgnis in Bezug auf bestimmte Gebiete wie jene in äußerster Randlage bzw. die Insel-Regionen zum Ausdruck und äußerten den Wunsch, dass die geltenden Bestimmungen über einen besonderen Schutz und einen Sonderstatus solcher Gebiete beibehalten oder gar verstärkt werden.

Im Übrigen wurde wiederholt gefordert, dass für die an den Binnengrenzen der Union gelegenen Regionen ein Rechtsrahmen zur Förderung der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit, bei der es immer noch zu viele Hindernisse gibt, bereitgestellt werden sollte.

*iii) Schlussfolgerungen*

Der stellvertretende Vorsitzende Dehaene zog den Schluss, dass sich die Aussprache als besonders nützlich erwiesen habe.

Er verzeichnete im Konvent sehr weit gehendes Einvernehmen dahingehend, dass die Union die Zuständigkeit jedes Staates für Entscheidungen über die interne Struktur und die Organisation der staatlichen Behörden auf regionaler und lokaler Ebene respektiert. Im Konvent sei der gemeinsame Wille zum Ausdruck gekommen, in die ersten Artikel der Verfassung eine Bezugnahme auf die Realität der regionalen und lokalen Dimension der Union aufzunehmen.

Dies gelte auch für die Konsultation der regionalen und lokalen Gebietskörperschaften, die unter Titel VI der Verfassung betreffend das demokratische Leben der Union und in das Protokoll über die Subsidiarität aufgenommen werden sollte.

Der stellvertretende Vorsitzende stellte fest, dass die Rolle des Ausschusses der Regionen im Bereich der Subsidiarität für wichtig gehalten werde, wenn auch die in Bezug auf den Ausschuss unterbreiteten Vorschläge zum Teil umstritten gewesen seien.

Schließlich erklärte er, dass das Präsidium sich im Lichte der Beiträge der Konventsmitglieder mit den Fragen im Zusammenhang mit dem Klagerecht auseinander setzen müsse.

#### 4. Mitteilungen des Präsidiums

##### a) Mandat für die Gruppe der von den Juristischen Diensten zu benennenden Sachverständigen für Teil II

Der Vorsitzende teilte dem Plenum mit, dass – wie bereits im Dezember 2002 angekündigt – das Präsidium vereinbart hat, dass parallel zu seinen Beratungen über den Wortlaut des Entwurfs von Teil I der Verfassung die Arbeit zur Anpassung der EGV- und EUV-Bestimmungen, die in Teil II einfließen sollen, vorangetrieben wird. Das Sekretariat des Konvents habe zu diesem Zweck bereits als Richtschnur dienende Vorarbeit geleistet durch die Ermittlung der Bestimmungen, die unverändert bleiben sollten, der Bestimmungen, die entsprechend den im Konvent bereits erzielten Schlussfolgerungen technischer Änderungen bedürfen, der Bestimmungen, die von Grund auf zu überarbeiten sind, sowie der Bestimmungen, die zu streichen oder hinfällig geworden sind. Während sich das Präsidium vorbehalten habe, mit Unterstützung des Sekretariats die Bestimmungen der dritten Kategorie abzufassen, sei es übereingekommen, eine Gruppe von Rechtssachverständigen die von den Juristischen Diensten des Europäischen Parlaments, des Rates und der Kommission benannt würden, damit zu beauftragen, die unter die zweite und vierte Kategorie fallenden Bestimmungen auszuarbeiten, insbesondere zur Anpassung der Bestimmungen des Teils II entsprechend den vom Plenum gebilligten Empfehlungen der Arbeitsgruppe "Vereinfachung".

Diesen Rechtssachverständigen sei ein sehr präzises und begrenztes Mandat erteilt worden und sie würden das Ergebnis ihrer Arbeit dem Präsidium unterbreiten, das dieses nach einer Prüfung in den Entwurf der Verfassung aufnehmen könnte. Das Mandat wurde als Dokument CONV 529/03 verteilt.

##### b) Arbeitskreis zum Gerichtshof

Der Vorsitzende erinnerte daran, dass auf der Januartagung deutlich geworden sei, dass die Einrichtung eines Arbeitskreises über die Funktionsweise des Gerichtshofes zweckmäßig wäre. Unterdessen habe sich Herr Vitorino bereit erklärt, den Arbeitskreis zu leiten, und das Präsidium habe das Schema für dessen Beratungen festgelegt (vgl. Dok. CONV 543/03). Dieser Arbeitskreis sollte weniger Mitglieder umfassen als die Arbeitsgruppen und seine Mitglieder sollten im Idealfall eine spezifische Sachkenntnis einbringen können, damit der Arbeitskreis effizient arbeiten und rasch Schlussfolgerungen ziehen könne. Die Gruppierungen des Konvents würden gebeten, dem Sekretariat die Namen der Konventsmitglieder mitzuteilen, die an diesem Arbeitskreis teilnehmen könnten.

**Plenartagung am Donnerstag, den 6. und Freitag, den 7. Februar 2003**

**LISTE DER REDNER  
in der Reihenfolge der Beiträge**

*Donnerstag, 6. Februar*

**1. Vorstellung des Berichts der Gruppe XI "Soziales Europa" durch Herrn Katiforis  
(Dok. CONV 516/03)**

Frau AnneVAN LANCKER – Europäisches Parlament  
Herr Jürgen MEYER – Deutschland (Parlament)  
Herr Gijs de VRIES – Niederlande (Regierung)  
Herr Ben FAYOT – Luxemburg (Parlament)  
Herr David O'SULLIVAN – Kommission  
Herr Aloiz PETERLE – Slowenien (Parlament)  
Herr Dick ROCHE – Irland (Regierung)  
Herr Timothy KIRKHOPE – Europäisches Parlament  
Herr Jacques FLOCH – Frankreich (Parlament)  
Herr Hannes FARNLEITNER – Österreich (Regierung)  
Herr Alberto COSTA – Portugal (Parlament)  
Herr Emilio GABAGLIO – Sozialpartner  
Herr Georges JACOBS – Sozialpartner  
Herr Jan KOHOUT – Tschechische Republik (Regierung)  
Herr Joachim WUERMEILING – Europäisches Parlament  
Herr Peter HAIN – Vereinigtes Königreich (Regierung)  
Frau Pervenche BERES – Europäisches Parlament  
Herr Michel BARNIER – Kommission  
*(Blaue Karten: The Earl of Stockton, Thorning-Schmidt und Pieters)*  
Herr Josep BORRELL – Spanien (Parlament)  
Herr Hans Martin BURY – Deutschland (Regierung)  
Frau Marie NAGY – Belgien (Parlament)  
Herr Dimitrij RUPEL – Slowenien (Regierung)  
Herr Elmar BROK – Europäisches Parlament  
Frau Maria Eduarda AZEVEDO – Portugal (Parlament)  
Frau Sylvia-Yvonne KAUFMANN – Europäisches Parlament  
Herr Jozef OLEKSY – Polen (Parlament)  
Frau Piia-Noora KAUPPI – Europäisches Parlament  
Herr John BRUTON – Irland (Parlament)  
Herr Vytenis ANDRIUKAITIS – Litauen (Parlament)  
Herr Pál VASTAGH – Ungarn (Parlament)  
Herr Jelko KACIN – Slowenien (Parlament)  
Herr Filadelfio BASILE – Italien (Parlament)  
Herr Caspar EINEM – Österreich (Parlament)  
Frau Danuta HÜBNER – Polen (Regierung)  
Herr Henrik DAM KRISTENSEN – Dänemark (Parlament)  
Herr Johannes VOGGENHUBER – Europäisches Parlament  
Frau Hildegard PUWAK – Rumänien (Regierung)  
Frau Cristiana MUSCARDINI – Europäisches Parlament  
Herr Per DALGAARD – Dänemark (Parlament)  
Frau Liene LIEPINA – Lettland (Parlament)

Frau Marietta GIANNAKOU – Griechenland (Parlament)  
Herr Alfonso DASTIS – Spanien (Regierung)  
Herr Sören LEKBERG – Schweden (Parlament)  
Herr Pierre CHEVALIER – Belgien (Regierung)  
Frau Lena HJELM-WALLÉN – Schweden (Regierung)  
Herr Adrian SEVERIN – Rumänien (Parlament)  
Frau Pascale ANDREANI – Frankreich (Regierung)  
Frau Androula VASSILIOU – Zypern (Parlament)  
Herr Roger BRIESCH – Wirtschafts- und Sozialausschuss  
(*Blaue Karten: Fayot, Mendez de Vigo, Borrell und MacCormick*)

*Freitag, 7. Februar 2003*

### **1. Fortsetzung der Aussprache über das "Soziale Europa"**

Herr Esko HELLE – Finnland (Parlament)  
Herr Ingvar SVENSSON – Schweden (Parlament)  
Herr Robert ZILE – Lettland (Regierung)  
Herr Jan ZAHRADIL – Tschechische Republik (Parlament)  
Herr Ernani LOPES – Portugal (Regierung)  
Herr João CRAVINHO – Sozialpartner  
Herr Giacomo FILIBECK – Jugendkonvent  
(*Blaue Karten: Speroni, Dybkjaer, Hain, Heathcoat-Amory, van Lancker und Bruton*)  
Herr George KATIFORIS – Griechenland (Regierung)

### **3. Die regionale und lokale Dimension (Dok. CONV 518/03)**

Frau Linda McAVAN – Europäisches Parlament  
Herr Dick ROCHE – Irland (Regierung)  
Herr Michel BARNIER – Kommission  
Herr Jozsef SZAJER – Ungarn (Parlament)  
Frau MAIJ-WEGGEN – Europäisches Parlament  
Herr Alberto COSTA – Portugal (Parlament)  
Frau Gisela STUART – Vereinigtes Königreich (Parlament)  
Herr Edmund WITTBRODT – Polen (Parlament)  
Herr Alain LAMASSOURE – Europäisches Parlament  
Frau Teija TIILIKAINEN – Finnland (Regierung)  
Herr Iñigo MENDEZ DE VIGO – Europäisches Parlament  
Herr Gerhard TUSEK – Österreich (Regierung)  
Herr Antonio TAJANI – Europäisches Parlament  
Frau Pascale ANDREANI – Frankreich (Regierung)  
Frau Cristiana MUSCARDINI – Europäisches Parlament  
Herr Hans Martin BURY - Deutschland (Regierung)  
Herr Luis MARINHO – Europäisches Parlament  
Herr Erwin TEUFEL - Deutschland (Parlament)  
Herr Matti VANHANEN – Finnland (Parlament)  
Herr Elmar BROK – Europäisches Parlament  
Herr Göran LENNMARKER - Schweden (Parlament)  
Herr Peter HAIN – Vereinigtes Königreich (Regierung)  
(*Baleu Karte: Azevedo*)

Frau Maria BERGER – Europäisches Parlament  
Herr Kimmo KILJUNEN – Finnland (Parlament)  
Herr Andrew DUFF – Europäisches Parlament  
Herr Caspar EINEM – Österreich (Parlament)  
Herr Neil MacCORMICK – Europäisches Parlament  
Herr Josef CHABERT – Ausschuss der Regionen  
Herr Hubert HAENEL – Frankreich (Parlament)  
Herr Alfonso DASTIS – Spanien (Regierung)  
Herr Jurgen MEYER – Deutschland (Parlament)  
Herr Patrick DEWAEL – Ausschuss der Regionen  
Frau Marie NAGY – Belgien (Parlament)  
Herr Sören LEKBERG – Schweden (Parlament)  
Herr Carlos CARNERO – Europäisches Parlament  
Herr Reinhard BÖSCH – Österreich (Parlament)  
Herr Francesco SPERONI – Italien (Regierung)  
Frau Pervenche BERÈS – Europäisches Parlament  
Lord MACLENNAN – Vereinigtes Königreich (Parlament)  
Herr Ernani LOPES – Portugal (Regierung)  
Herr Pierre CHEVALIER – Belgien (Regierung)  
Herr Manfred DAMMEYER – Ausschuss der Regionen  
Frau Claude du GRANDRUT – Ausschuss der Regionen  
Frau Eva-Riitta SIITONEN – Ausschuss der Regionen  
Herr Jean-Luc DEHAENE, stellvertretender Vorsitzender

---